

KN vom 27.01.2017

Wie wird der Schulbus gesichert?

Lehrer, Eltern und Schüler im Kreistag Rendsburg – Dennoch kein befriedigender Beschluss zur Schülerbeförderung

VON TORSTEN MÜLLER

KRONSHAGEN. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde kann sich freuen: Er spart knapp 12 000 Euro im Jahr. Doch wer finanziert jetzt den Schulbus, der nach der 7. Stunde Kinder vom Schulzentrum Kronshagen in die Wohnortgemeinden des Amtes Achterwehr bringt? Bürgermeister Ingo Sander (CDU) hat eine Eilentscheidung getroffen, damit die Fahrt bis zum 31. Januar gesichert ist. Für die Finanzierung der Folgemonate bis zu den Sommerferien gab der Schulausschuss 7000 Euro frei. Doch wie wird die Fahrt dauerhaft sichergestellt?

Der Frust ist an den Schulen groß. Entfielen der Bus um 14.15 Uhr müssten, wie berichtet, die betroffenen Schüler 70 Minuten auf den nächsten warten. Entsprechend zahlreich marschierten Lehrer, Eltern und Kinder am Mittwoch in Rendsburg beim zuständigen Regionalentwicklungsausschuss des Kreises auf, sodass dieser seine Sitzung in den größeren

Kreistagssaal verlegen musste. Doch das Ergebnis blieb aus Sicht von Schulen und Gemeinde enttäuschend: Das Gremium fasste keinen Beschluss. Eine Lex Kronshagen soll es unter Hinweis auf die Beförderungssatzung des Kreises nicht geben, obwohl dieser die Fahrt nach der 7. Stunde seit der Einführung von G8 mitfinanziert hat. Thomas Kahle (CDU), Kronshagener Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Ausschusses, räumte in dieser Woche im Schulausschuss der Gemeinde ein, dass „die Auswirkungen dieser Regelung kein Mensch versteht“: dass nämlich ein mehr als einstündiges Warten auf den nächsten Bus sat-

Die Auswirkungen dieser Regelung versteht kein Mensch.

Thomas Kahle, Kreistagsabgeordneter aus Kronshagen, über die Auslegung der Beförderungssatzung des Kreises



Viele Kinder aus dem Amt Achterwehr nutzen den Bus nach der 7. Stunde (14.15 Uhr) vom Schulzentrum Kronshagen. Ohne ihn müssten sie 70 Minuten auf den nächsten Bus warten. FOTO: TM/ARCHIV

zungskonform sein solle. Ob eine geplante Satzungsänderung, die voraussichtlich zum Frühjahr 2018/19 in Kraft tritt, die grotesken Züge eliminiert, steht noch in den Sternen.

Für Norbert Sieverding und Norbert Czysewski, die Leiter des Gymnasiums und der Gemeinschaftsschule Kronshagen, gibt es noch weitere unverständliche Details bei der Auslegung der Satzung. Rendsburg will nur Kosten zur nächstgelegenen Schule erstatten. Nach Auffassung des Kreises sind dies die Einrichtungen in Kiel-Mettenhof – außerhalb des Kreisgebietes.

Nach Ansicht von Sieverding könnten aber durchaus die Kosten erstattet werden, die bis zur nächstgelegenen Schule anfallen würden.

Da eine Lösung des Streits nicht in Sicht ist, muss Bürgermeister Sander eine alternative Finanzierung auf die Beine stellen, um den Schulbus dauerhaft zu sichern, sodass Schüler aus dem Amtsbereich den Kronshagener Schulen nicht den Rücken kehren. Der Schulausschuss gab jetzt 7000 Euro frei. Damit ist der Betrieb bis zu den Sommerferien sichergestellt. Zudem autorisierte er den Rathauschef, mit den

Umlandgemeinden über eine Mitfinanzierung zu verhandeln. Der Bus kostete bisher pro Jahr 18 000 Euro. Davon zahlte die Gemeinde ein und der Kreis zwei Drittel.

Klaus Langer hat an drei Tagen die Busauslastung beobachtet

Die zwei Drittel des Kreises könnten sich nun Kronshagen und das Umland je zur Hälfte teilen. Auf Achterwehr, Quarnbek, Krummwisch, Westensee und Ottendorf entfielen je 1200 Euro. Die jeweiligen Gemeindevertretungen fassten dazu aber noch keine Beschlüsse. Klaus Langer (Grüne), Bürgermeister von Quarnbek und Verhandlungsführer der Gemeinden, hat sich zudem ein eigenes Bild von der Busnutzung gemacht und diesen an drei Tagen in der vergangenen Woche verfolgt: Am Montag und Donnerstag seien nur 24 statt 48 und am Freitag 16 statt 71 Kinder mit dem Bus gefahren. Sieverding: „Die Schulen zählen nicht, das macht die Autokraft.“